

Fonds als Motor sozial-ökologischer Investitionen?

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Ole Erdmann, Björn Hacker, Uwe Kremer und Sascha Vogt.



Foto: © denphumi - fotolia.com

Wie wir morgen leben und arbeiten, hängt stark von den heute und in der Vergangenheit getätigten Investitionen ab. Ist das Dach des Hauses dicht, in dem wir wohnen? Läuft die richtige Maschine im Betrieb, in dem wir arbeiten? Haben wir in einer Schule mit moderner Software lernen können? Bringt uns die S-Bahn pünktlich zur Arbeit? Kommt unser Strom vom Windrad oder aus dem Braunkohlekraftwerk?

Investition in einem breiten Sinne wird hier verstanden als der Einsatz von Geldmitteln zur Beschaffung von Kapitalgütern, die durch ihre Nutzung eine künftige Rendite erwirtschaften. Wer Investitionen tätigt, bestimmt mit, in welche Richtung sich die Ökonomie entwickelt und welche langfristigen Chancen und Risiken künftige Generationen vorfinden. Dabei spielen gesellschaftliche Herausforderungen und Trends, damit verbundene künftige Wünsche und Bedarfe der Menschen, technische Entwicklungen, die Verfügbarkeit von Ressourcen wie auch die politisch-staatlichen Rahmenbedingungen eine bedeutende Rolle. Diese Faktoren fließen

in die Erwartungsbildung derjenigen ein, die die *Verfügungsgewalt* über die Ressourcen einer Volkswirtschaft haben. Auf Basis dieser Erwartungen – unter grundsätzlicher Unsicherheit, wie die Zukunft sich entwickelt – werden von öffentlichen und privaten Akteuren täglich enorme Summen investiert.

In welcher Art und Weise und nach welchen Zielen und Interessen in einem Wirtschaftssystem Investitionsentscheidungen getroffen werden, zeigt dabei maßgeblich die gesellschaftlichen Machtverhältnisse zwischen den Gruppen einer Gesellschaft. Mit den ersten Aktiengesellschaften, den kolonialen Handelsgesellschaften, kam der Prototyp des Fonds auf, aus dem sich später eine Vielfalt privater Gesellschaften entwickelte, die Kapital bündelten, um es gewinnbringend zu investieren. Neben enormem Wachstum und vielfältigem Fortschritt produzierte und produziert dies massive Ungleichheiten, Ausbeutung, Umweltzerstörung und Konflikte. Der real existierende Sozialismus sowjetischer Prägung hatte dagegen versucht,

durch die Verstaatlichung der Fonds und Unternehmen alle bedeutenden Investitionen öffentlich zu kontrollieren und ist damit langfristig ökonomisch, sozial und ökologisch gescheitert.

Die Diskussion um die Weiterentwicklung unseres Wirtschaftssystems wird neben der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit als Grundlage allen Wohlstands und der Frage, wie soziale und technische Innovationen gesellschaftlich ermöglicht werden, immer auch eine Diskussion über die konkrete Organisation von Investitionen sein. Fonds als Institutionen, in denen große Kapitalmengen gesammelt und gezielt investiv eingesetzt werden, sind dabei von besonderem Interesse, da sie anders als die Investitionen einzelner Individuen Ausdruck gesellschaftlicher Präferenzen und Zielsetzungen sind und gesellschaftliche Wirkung entfalten.

Im April stellte eine Expertenkommission des Bundeswirtschaftsministeriums unter der Leitung des DIW Präsidenten Marcel Fratzscher ihre Ideen zur „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ vor. In diesem Maßnahmenbündel ist unter anderem auch ein „Bürgerfonds“ als Sammelstelle für Infrastrukturfinanzierung durch individuelle Sparer vorgesehen. Über diesen Fonds sollen sich also private Geldgeber an der Finanzierung des Baus von öffentlichen Gebäuden und Verkehrswegen beteiligen, womit diese quasi teilprivatisiert würden. Die privaten Geldgeber würden für ihre Investition eine Gebühr kassieren, die sich aus den Nutzungsentgelten der Nutzer z.B. eines entsprechenden Autobahnabschnitts speist. Allein schon das Sondervotum der gewerkschaftlichen VertreterInnen in der Kommission macht aber deutlich, dass die Vorschläge zumindest in ihrer Gesamtheit nicht unumstritten sind. Für erhebliche Diskussionen dürfte der Vorstoß sorgen, eine feste Quote für Investitionen in den öffentlichen Haushalten festzuschreiben und damit möglicherweise unter dem Regime der Schuldenbremse öffentliche Personal- und Sozialausgaben weiter einzuschränken. Dagegen sind ursprünglich geplante steuerpolitische Aussagen

in Form von Entlastungen der Unternehmen erst einmal wieder vom Tisch bzw. im Bericht nur zwischen den Zeilen zu finden. Beendet ist aber auch diese Debatte damit noch nicht. Es ist daher völlig offen, ob und welche der gemachten Vorschläge in der kommenden Zeit realisiert werden. Für die spw ist dies der Anlass, sich umfassender mit dem Thema „Investitionsfonds“ auseinanderzusetzen.

Wir thematisieren mit diesem Schwerpunkt „Investitionsfonds“ dabei auch als eine strategische Option demokratisch-sozialistischer Wirtschaftspolitik. Hierfür sind zwei konzeptionelle Linien maßgeblich, die sich auch historisch nachzeichnen lassen. Zum einen geht es um die Linie der kollektiven bzw. überbetrieblichen Vermögensbildung in Arbeiter- bzw. Arbeit(nehm)erhand, die wiederum in unterschiedlichem Maße als Fonds für spätere Zahlungen an Arbeitnehmer (inkl. gewerkschaftseigener oder öffentlicher Pensionsfonds) und/oder für die Beteiligung am Investivkapital konzipiert sind. Zum anderen geht es um die Programmierung und Finanzierung gesellschaftlich gewünschter Investitionen, insbesondere mit Blick auf Infrastrukturbedarfe, Branchenrestrukturierungen und die Bewältigung regionaler Disparitäten (wobei neben der kollektiven Vermögensbildung auch andere Modelle der Fondsfinanzierung denkbar sind). Steht im einen Fall die wirtschaftsdemokratische Verfassung im Vordergrund, geht es im anderen Fall um die wirtschaftspolitische Funktion der Fonds. Entscheidendes Merkmal der Fonds ist, dass es sich um ökonomische Einheiten handelt, die sich zwischen dem Staat im engeren Sinne und den Unternehmen aufbauen.

Es gibt zahlreiche historische Bezugspunkte für derartige Investitionsfonds, die in die 60er und 70er Jahre zurückreichen, und als wirtschaftliche Rahmenplanung und Investitionslenkung auch in Deutschland Sozialdemokratie und Gewerkschaften (und insbesondere die Jusos) beschäftigte. Den wichtigsten konzeptionellen Bezugspunkt stellten (und stellen bis

heute) die vom schwedischen Gewerkschafts-ökonom Rudolf Meidner konzipierten Investitionsfonds dar. Vom schwedischen Gewerkschaftsbund in den 70er Jahren beschlossen, sollten sie schrittweise zu einer gewerkschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Kontrolle der regional- und volkswirtschaftlichen Investitionen führen. 20 Prozent der Jahresgewinne aller mittleren und größeren Betriebe sollten jährlich in mehreren derartiger von Sozialpartnern und öffentlicher Hand verwalteten Fonds eingesammelt und in Kapitalbeteiligungen umgewandelt bzw. für investive Zwecke von übergeordneter volks- und regionalwirtschaftlicher Bedeutung verwendet werden. Dabei sollten die Kapitalbeteiligungen zu einer sukzessiven Sozialisierung der Wirtschaft (statt einer Verstaatlichung!) führen. Allerdings war die seit Mitte der 70er Jahre sich abzeichnende internationale Defensive der Linken auch in Schweden spürbar. 1983 wurden die Fonds in schon deutlich verwässerter Form eingeführt und 1991 von der neuen bürgerlichen Regierung sogleich wieder abgeschafft (siehe Artikel von Michael Krätke in diesem Heft).

Dabei erlebten die Investitionsfonds in den konzeptionellen Diskussionen der Sozialdemokratie Ende der 80er Jahre – vor allem im Kontext des Berliner Grundsatzprogramms – eine vorübergehend stärkere Aufmerksamkeit. Den wichtigsten Hintergrund bildeten die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre entwickelten Vorstellungen für einen ökologisch-solidarischen Umbau der Volkswirtschaft. Mit diesem Umbau wurden gewaltige Investitionsbedarfe formuliert. Damit verbunden war die Frage, wie die entsprechenden volkswirtschaftlichen Mittel – insbesondere aus privatem Vermögen und Unternehmensgewinnen – auch *jenseits staatlicher Haushalte bzw. Steuer- und Schuldenfinanzierung* mobilisiert, gebündelt und demokratisch gesteuert werden könnten (eine Frage, die sich heute mit Blick auf den gewaltigen infrastrukturellen Investitionsstau bei gleichzeitiger „Schuldenbremse“ noch einmal in neuen Dimensionen stellt).

Zum anderen war man seit den 80er und in den 90er Jahren Zeuge eines gewaltigen Aufschwungs privater Investmentfonds und Beteiligungsgesellschaften, die sich zunehmend zu Knotenpunkten des modernen, finanzmarktgetriebenen Kapitalismus entwickelten und an die Stelle klassischer Industrie-Banken-Beziehungen traten. Dies wiederum führte in der Zeitschrift spw zur These, Investitionsfonds seien auch als adäquate Elemente einer *modernen sozialistischen Ökonomie* zu konzipieren – „mit diversifizierten, pluralen und demokratisch verfassten Fonds- und Beteiligungsstrukturen, in denen überbetriebliche Rentabilitätsgesichtspunkte mit ökologisch-sozialen Zielsetzungen der beteiligten Kräfte zusammenfließen und die sich zwischen die am Markt agierenden Unternehmen und die vom Staat entwickelten Rahmenseitungen schieben.“ (Uwe Kremer, *Moderner Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie*, in: spw 100, 1998).

Mitte des vergangenen Jahrzehntes kam es wieder zu einem konzeptionellen Aufflackern, als sich die SPD unter dem Stichwort „Deutschlandfonds“ in der Tradition überbetrieblicher Vermögensbildung mit einer investiv orientierten Lösung beschäftigte. 2009 wartete dann die IG Metall mit dem Vorschlag für einen aus Vermögensanleihen zu speisenden Public-Equity-Fonds in Höhe von immerhin 100 Milliarden Euro auf. Gleichzeitig wurden in linken Diskursen auf der einen Seite eher sporadisch unterschiedliche Erfahrungen mit der Rolle von Staats- und Pensionsfonds reflektiert. Intensiver waren auf der anderen Seite die kritischen Auseinandersetzungen mit den seit ca. 20 Jahren virulenten Konzepten öffentlich-privater Partnerschaften zur Finanzierung gesellschaftlicher Infrastrukturen. Es handelt sich gewissermaßen um Fragmente eines politisch-ökonomischen Diskurses, der nun im Zeichen von Infrastrukturkrise und Schuldenbremse systematisch geführt und ausgebaut werden sollte. Wichtig wäre es hierfür, Investitionsfonds nicht nur als technische Instrumente zur Bewältigung von Investitionsbedarfen, sondern auch als zentrale

Elemente von Wirtschaftsdemokratie und alternativer Ökonomie zu diskutieren.

Während im Nachgang der Weltwirtschaftskrise 2007ff. zunächst die Stärkung öffentlicher Haushalte für Zukunftsinvestitionen im Fokus stand (vgl. spw. 180), rücken angesichts leerer öffentlicher Kassen und geringer Verschuldungsaffinität von Politik und Gesellschaft nun zunehmend Optionen zur Mobilisierung privaten Kapitals zur Erzielung von Wirtschaftswachstum in den Blickpunkt der Aufmerksamkeit. Es geht dabei wohlgerne nicht um ein Entweder-Oder (öffentlich oder privat), sondern um die Prüfung neuer Perspektiven. Die Sozialdemokratie ist gut beraten, sich dieser Debatte vorurteilsfrei zu nähern und zu analysieren, wie sich die politischen Weichen der Investitionslenkung so intelligent stellen ließen, dass davon auch andere Politikfelder, wie Vermögensverteilung, Europa-, Gender- und Regionalpolitik profitieren.“

Einen ersten aktuellen Zugang zur Diskussion um Investitionen und ihre demokratische Steuerung liefert der Beitrag von *Carsten Sieling*. Er geht auf die bereits erwähnte bundespolitische Debattenlage rund um die Überlegungen zu einem Infrastrukturfonds ein und erläutert, wie diese aus linkssozialdemokratischer Sicht zu bewerten ist.

Der Investitionsstau der öffentlichen Hand ist der Ausgangspunkt des Beitrags von *Mehrad Payandeh*. Er untersucht die Bedingungen und Instrumente, mit denen die in Deutschland und Europa reichlich vorhandene Liquidität in Investitionen umgeleitet werden kann. Kern ist dabei ein europäischer Pakt für Investitionen, wie er bereits 2012 unter dem Schlagwort „*Marshallplan für Europa*“ durch den DGB angeregt worden ist und auf den die Diskussion um einen Infrastrukturfonds in der SPD zurückgeht.

Der Beitrag von *Suleika Reinert* untersucht die europäischen Rahmenbedingungen für Investitionen, u.a. mit einem klaren Plädoyer ge-

gen die Finanzmarktregulierung durch CETA und TTIP. Sie beleuchtet ausgehend von der aktuellen SPD-Programmatik Möglichkeiten für die Regulierung der Kapitalmärkte, um sozial nachhaltige Investitionen zu fördern.

Gülay Caglar analysiert, welche Rolle Gender im Finanzkapitalismus spielt und macht so verständlich, wie von den Investitionszielen bis hin zum Management Investitionsfonds auch die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse widerspiegeln. Dies ist bei Überlegungen für die Regulierung von Investitionsfonds für fortschrittliche Ziele dringend zu berücksichtigen.

Wie Investitionsfonds im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung eingesetzt werden können, erläutert *Arno Brandt*. Sowohl die Zielsetzungen für eine fortschrittliche regionale Strukturpolitik wie auch die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten sind Kriterien, an denen vorhandene und künftige Fondsmodelle gemessen werden müssen.

Eine langfristige Perspektive zeigt *Giacomo Corneo* in seinem Artikel auf. Er skizziert einen staatlichen Aktienfonds nach existierenden Vorbildern als erste Stufe zu einem Marktsozialismus, in dem privates Eigentum an Produktionsmitteln nur noch begrenzt oder gar nicht mehr nötig ist.

Michael Krätke betrachtet internationale Erfahrungen der demokratischen Investitionslenkung über Fonds. Er geht dabei näher auf den bereits erwähnten Meidner-Plan ein und setzt sich mit weiteren internationalen Ansätzen sozial-ökologischer Investitionsfonds und dem Modell eines Aktienmarktsozialismus auseinander. ■

☞ Ole Erdmann, Dipl.-Volkswirt, ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Köln.

☞ Dr. Björn Hacker ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin.

☞ Uwe Kremer ist Mitherausgeber der spw.

☞ Sascha Vogt ist Mitglied des SPD-Parteivorstandes und lebt und arbeitet in Düsseldorf und Berlin.